

Wasser ist keine Ware!



Foto: REK / Pixelio.de

Durch eine Entscheidung des Europäischen Parlamentes droht die Privatisierung der Wasserversorgung. Dabei ist Wasser ein öffentliches Gut, das in öffentlicher Hand bleiben muss, statt es Profitlogik und Marktgesetzen zu unterwerfen. Auf Betreiben der EU- Kommission und mit mehrheitlicher Zustimmung des Binnenmarktausschusses wurde mit den Stimmen der Konservativen und der Sozialdemokraten eine neue Richtlinie zur Vergabe von Konzessionen auf den Weg gebracht. Damit soll nicht nur der lebenswichtige Rohstoff Wasser zu einem weiteren Handelsobjekt werden. Die Richtlinie erfasst auch viele weitere Bereiche der öffentlichen Daseinsvorsorge.

Sollte diese neue Richtlinie in Kraft treten, müssen Kommunen zukünftig bei der Vergabe von Konzessionen u.a. für die städtische Wasserversorgung ab einer Auftragshöhe von 8 Millionen Euro diese europaweit ausschreiben, wenn die Dienstleistung nicht zu 80 % für die Kommune erbracht wird und der Versorgungsbetrieb nicht im kommunalen Haushalt konsolidiert wird. Damit soll der „Markt“ für große Konzerne geöffnet werden.

Künftig würde das bedeuten, dass in vielen Kommunen die Wasserversorgung in die Hände privater Anbieter kommt und die Rekommunalisierung bereits privatisierter öffentlicher Dienstleistungen erheblich erschwert wird.

Fortsetzung Seite 3

In dieser Ausgabe

Seite 2: Editorial
Seite 3: Aus dem Kreisvorstand
Seite 4: Leserbrief
Seite 5: Ulla Jelpke in Rostock
Seite 6: Mietrechtänderung
Seite 7: Buchrezension
Seite 8: EU-Militärpolitik

Seite 10 : 100 Tage...
Seite 11 : Versammlungen
Seite 12 : Seefahrt un Fischerie
Seite 14 : Militarismus
Seite 15 : Termine
Seite 16 : „Der kalte Freund“

Paris hat die Privatisierung der Wasserversorgung rückgängig gemacht. In Rostock läuft der Betreibervertrag mit Eurawasser am 30.6.2018 aus, und die Rostocker LINKE will sich dafür einsetzen, dass die Wasser- und Abwasserversorgung wieder von der Stadt übernommen wird. Nach dem Vorbild von Paris. Ihr habt unseren Leitartikel zu diesem Thema sicherlich bereits gelesen. Das Streben der LINKEN nach Rekommunalisierung hat breiten gesellschaftlichen Rückhalt, ebenso wie unsere Forderung nach einer aktiven staatlichen Wohnungspolitik. Auch Wohnraum sollte keine Ware sein, das wird in Regine Lücks Artikel deutlich. Konjunktur hat auch der Antifaschismus, lest hierzu bitte die Seiten 4 und 5 mit dem bewegenden Brief von Eckart Reschke sowie dem Bericht über die Veranstaltung mit Ulla Jelpke in Evershagen. Es bestätigt sich der Eindruck, dass der Kampf gegen Neofaschismus für einige politische Kräfte nur ein Lippenbekenntnis ist, mit dem das eigene Versagen kaschiert werden

soll. Von der Friedenpolitik wollen wir gar nicht reden, da stehen wir völlig allein. Auch dieses Thema soll einen Schwerpunkt in der März-Ausgabe des Klartext bilden. Geht bitte zur Friedenskonferenz im Rostocker Rathaus (siehe Seite 15)!

Für diejenigen von Euch, die nicht nur den Klartext lesen, gibt es zwei Buchrezensionen. Für Freunde des Plattdeutschen erinnert sich unser Autor Kurt Kaiser an die siebziger Jahre.

Viel Vergnügen beim Lesen des Klartext wünschen Euch Carsten Penzlin und die Redaktion.



KLARTEXT online

Bundeswehr raus aus den Schulen! Kommt zur linksjugend [’solid]

Nicht nur im Ausland treibt die Bundeswehr ihr Unwesen. Seit dem Aussetzen der Wehrpflicht setzt die deutsche Armee auf Werbetouren durch deutsche Städte. Nicht zuletzt Schulen sind Ziele der mörderischen Propaganda der besonders zur Anwerbung von neuen Rekrut_Innen geschulten Offiziere. Die linksjugend [’solid] hat aus diesem Grund schon vor längerer Zeit die Kampagne „Bundeswehr raus!“ initiiert. Verschiedene Aufkleber, Flyer, Plakate, Broschüren und vieles mehr wurde veröffentlicht und unter junge Menschen verteilt.

Nun gibt es eine neue CD zum Thema Bundeswehr raus aus den Schulen. Auch in Rostock haben wir die CDs endlich vorrätig. Zusammen mit dem Sticker „Bundeswehr – Karriere mit Zukunft?“ und anderem Material könnt ihr euch den Stuff (das Infomaterial; die Red.) ab sofort bei unseren Treffen abholen. Jeden Donnerstag ab 18 Uhr finden in der Stephanstraße 17 unsere Treffen statt. Ihr seid herzlich eingeladen, euch eine CD abzuholen und/

oder einfach nur vorbei zukommen, um mit uns über die Bundeswehr oder andere politische Themen zu reden, mit uns gemeinsam Aktionen zu planen oder einfach mal bei uns unverfänglich rein zu gucken.

V. i. S. d. P. Carsten Penzlin

Kreisvorstand DIE LINKE. Rostock
Geschäftsstelle Rostock
Stephanstraße 17
18055 Rostock
Telefon: 0381-4920010
Telefax: 0381-4920014
E-Mail: info@dielinke-rostock.de
Internet: www.dielinke-rostock.de

Kreisvorstand DIE LINKE. Landkreis Rostock

Geschäftsstelle Bad Doberan
Marktstraße 1
18209 Bad Doberan
Telefon: 038203-62391
Telefax: 038203-62180
E-Mail: dbr@die-linke-mv.de
Internet:
www.die-linke-landkreis-rostock.de.

Geschäftsstelle Güstrow
Markt 34
18263 Güstrow
Telefon: 03843-687311
E-Mail: guestrow@die-linke-mv.de

Redaktion:
Peter Möller, Peter Hörnig,
Dr. Carsten Penzlin, Jörn Schulz,
Katharina Schlaack

Internet: www.dielinke-rostock.de

E-Mail: redaktionklartext@yahoo.de

Layout:
Andreas Reinke

Stadtdruckerei Weidner
Auflage: 1.200

Spendenkonten der LINKEN:

Bad Doberan:	Rostock:
KNr: 1015583	KNr: 430002084
BLZ: 13061128	BLZ: 13050000
Raiffeisenbank	OSPA-Rostock

Die Auffassungen in veröffentlichten Leserbriefen müssen nicht mit denen der Redaktion übereinstimmen. Die Redaktion behält sich sinnwahrende Kürzungen vor. Die vollständige Fassung eines gekürzten Beitrages erscheint in der Online-Ausgabe des KLARTEXT, sofern sie frei von persönlichen Diffamierungen und Beleidigungen ist.

Abonnement:
2,00 € pro Monat
(Spende + Versandkosten)

Wie es aussehen kann, wenn gewinnorientierte Privatkonzerne sich um die Versorgung der Menschen mit dem lebenswichtigen Gut Wasser kümmern, können wir in Europa bereits in London, in Frankreich und in Teilen Portugals sehen, aber auch in deutschen Städten wie Berlin, Rostock und Potsdam: Rohre werden nicht mehr richtig gewartet, so dass ein immenser Teil des Wassers im Boden versickert oder die Preise explodieren. Zu befürchten ist ebenfalls, dass die Qualität des Wassers leidet, weil Privatkonzerne nur noch den Minimalstandard der Vorschriften einhalten. Privatisierungen und Liberalisierungen haben in den letzten Jahren und Jahrzehnten in Deutschland und anderswo immer wieder Nachteile für Bürgerinnen und Bürger und nur Vorteile für die Konzerne und die Industrie gebracht. Ob Stromversorgung, Bahn, Krankenhäusern

oder im Wohnungsbau: Überall wo der Staat sich aus seiner Verantwortung zog und dem freien Markt das Feld überlassen hat, wurde es teurer für die Menschen und meist sank trotzdem die Qualität. Wasser ist ein öffentliches Gut und keine Ware. Wasser muss für alle Menschen zugänglich und bezahlbar sein. Noch immer haben circa 2 Millionen Menschen in Europa keine angemessene Trink- und Abwasserversorgung. Weltweit besitzen 800 Millionen Menschen keinen Zugang zu Wasser und über 2 Milliarden haben keinen Zugang zum Abwassersystem. DIE LINKE fordert daher alle Bestrebungen zur Privatisierung von Wasser zu stoppen. Wettbewerb ist das falsche Instrument für die Güter öffentliche Daseinsvorsorge. Im Frühjahr wird das Plenum des Europäischen Parlamentes über diese Richtlinie abstimmen. Noch kann die Privatisierung der Wasserversorgung durch politischen Druck verhindert

werden! Wir fordern die Abgeordneten des Europäischen Parlamentes auf, gegen den Richtlinienentwurf zu stimmen und appellieren an CDU, SPD und FDP, auf ihre Abgeordneten im Europäischen Parlament einzuwirken um die Richtlinie zu stoppen. Wir verurteilen Konservative, Liberale und Sozialdemokraten aus dem üblichen Trilog-Verfahren auszusteigen und die Verhandlungen der Öffentlichkeit zu entziehen.

DIE LINKE unterstützt die europaweite Kampagne www.right2water.eu. Die Kampagne kämpft gegen die Richtlinie und tritt für das Menschenrecht auf Wasser und sanitäre Grundversorgung ein. Wasser- und Abwasserwirtschaft müssen eine öffentliche Dienstleistung für alle Menschen bleiben. Es wurden bereits fast eine Millionen Unterschriften gesammelt.

Text: Caren Lay, stv. Vorsitzende DIE LINKE

Neues aus dem Kreisvorstand

Am 22. Februar fand die Kreisvorstandssitzung des Kreises Rostock-Land in neuer Umgebung statt. Wir trafen uns in Güstrow in der Villa „KunterBündnis“. In diesem Haus wird seit Jahren eine engagierte Sozialarbeit für die Benachteiligten dieser Gesellschaft geleistet. Die Darstellung der inhaltlichen Arbeit wird demnächst im KLARTEXT zu lesen sein. Die Leiterin des Hauses, Karen Larisch, gestaltete den ersten Teil des Abends. Sie erzählte von ihren Erfahrungen mit neuen und ungewöhnlichen Formen der Öffentlichkeitsarbeit. Sie gab uns wertvolle Hinweise, die uns helfen können, über die traditionellen Formen unserer Wahlkampfwerbung hinaus zu denken, um die Wähler wirklich zu erreichen.

Darüber hinaus begrüßten wir zwei neu zu uns gekommene Genossen.

Neben den anderen Tagesordnungspunkten gab es zwei auf die ich besonders hinweisen will. Zum einen das leidige Dauerthema Geld. Wir brauchen jeden Cent und zwar sofort, nicht als Sammelergebnis zum Jahresende, dann ist die Wahl vorbei. Und wir brauchen die regelmäßigen Beiträge der Mitglieder, die regelmäßigen Spenden und die regelmäßigen Mandatsträgerbeiträge.

Dann haben wir einstimmig einen Beschluß gefaßt: Wir möchten zur Bundestagswahl auf Platz 1 der Landesliste Heidrun Bluhm haben. Frau, sozial kompetent und engagiert, aktiv im Wahlkreis und Landesvorsitzende, das scheinen genug Gründe zu sein. Dieser Beschluß geht als un-

sere Empfehlung an den Landesausschuß und ist natürlich auch eine Aufforderung an unsere Genossen auf der Vertreterversammlung im April.

Peter Möller

Anmerkung der Redaktion:

Der Kreisvorstand Rostock hat sich am 26. Februar 2013 bei zwei Enthaltungen dafür ausgesprochen, dass Gen. Dietmar Bartsch auf Platz 1 der Landesliste zur Bundestagswahl gesetzt wird, Gen. Steffen Bockhahn auf Platz 4. Außerdem erwartet der Kreisvorstand, dass alle Direktkandidaten auch auf einem Listenplatz kandidieren. Der Landesausschuß berät am 15. März über die Liste, und am 13. April wird die Vertreter_innen-Versammlung über die endgültige Zusammensetzung der Liste entscheiden. Bis dahin sind weitere Kandidaturen möglich.

Politische Lyrik

Ein bisschen Poesie. Janina Niemann-Rich lenkt unsere Aufmerksamkeit darauf, dass viele Verfahren gegen Missbrauchstäter mit der Zahlung eines Bußgeldes eingestellt werden („Justitia blind“); Jürgen Riedel macht sich über Peer Steinbrück Gedanken („Steinbrück“).

Justitia blind

Täter geschützt
Opfer degradiert zur
Nutte durch Bußgeld

Steinbrück

anders als
alle Politiker der Merkel-Regierung
doch wirklicher Spitzenpolitiker
auch er nicht:
Stein des Anstoßes statt Brückenpfeiler
für soziale Gerechtigkeit



Leserbrief von Eckart Reschke

Liebe Redaktion, als mittlerweile 70-jähriger erinnere ich mich noch heute an Schreckensbilder aus der Endphase der Nazi-Barbarei – und erlebte im Nachkriegsdeutschland/West (1946-1959), wie die braune Soße (das Blut an ihren Händen war noch nicht ganz abgewaschen), heimlich, still und leise, jedoch auch dreist und offen, überall an den Schalthebeln der Macht auftauchte und die Fäden zog! In Windeseile waren sie plötzlich Saubermänner. Sie saßen wieder in den Ämtern Justiz, Polizei, Geheimdienst, Bundeswehr, Parlament, Regierung und natürlich wie gehabt, in der Industrie, usw. Übelste Nazi-Erinnerungs- und Traditionskultur wurde offiziell geduldet, gehegt, gepflegt, geschützt. Gesellschaftskritisches Verhalten begann das neue System, dank seiner alten Eliten, immer skrupelloser zu verfolgen (Kommunistenhatz, Berufsverbote für Linksanrührige, usw.). Politische Prozesse, die nicht selten mit Gefängnisstrafen endeten, gehörten zum Alltag dieser netten Gesellschaft – aber nicht in Richtung alter/neuer brauner Brut! Da wurde, wir kennen es von heute, negiert, vertuscht, verharmlost bzw. halbherzig geahndet.

Woher rührt eigentlich dieses äußerst merkwürdige tolerante Verhalten entsprechender staatlicher Institutionen gegenüber braunem Gedankengut in heutiger Zeit? Sollte womöglich der Geist der Gründer dieser Institutionen bisweilen immer noch durch die „heiligen Hallen“ schweben? Ist es nicht merkwürdig, dass kein Aufwand, keine Mittel gescheut werden, den Nazi-Horden zu ermöglichen, ihr altbraunes Gedankengut, ihre menschenverachtenden Auslassungen hinaus zu pöbeln? Da fragt sich der naive Bundesbürger: Wer ist den Nazis eigentlich behilflich, das Grundgesetz und die Demokratie mit Füßen zu treten? Und sind Morde ein Nichts? Mit einer Verbissenheit und Inbrunst wird nichts unterlassen, Menschen zu kriminalisieren, zu verfolgen und zu bestrafen, die es wagen, es als demokratische Bürgerpflicht anzusehen, Naziaufmärsche zu stören, zu blockieren, zu verhindern. Wer verteidigt hier eigentlich das Grundgesetz, unsere demokratische Ordnung?

Die Aufforderung von „Prominenten“ aus „führenden Kreisen“ zur „Zivilcourage gegen Rechts“ gerät zur Farce, angesichts

der sich anhäufenden Ermittlungen und Strafverfahren gegen diejenigen, die Zivilcourage gegen Rechts ernst nehmen. Kaum fassbar, Teilnehmer der Blockaden gegen die Naziaufmärsche 2010/11/12 werden in diesem Land als Straftäter eingestuft! Wer sind diese Leute, die sich solche Einstufung anmaßen? Die Krönung des Ungeheuerlichen ist bis jetzt das Urteil einer Haftstrafe von 22 Monaten ohne Bewährung für einen Teilnehmer der Blockade des Naziaufmarsches am 19. Februar 2011.

Ich bin stolz darauf, als älterer Mensch zwischen so vielen tollen jungen Leuten an diesem Tag auch dort gewesen zu sein und trotz massiver Polizeibedrohung das Vorhaben der Nazis vereiteln zu können. 2010 und 2012 nahm ich ebenfalls teil. Ich möchte hiermit meine tiefste Achtung für den kriminalisierten Antifaschisten zum Ausdruck bringen und mich mit ihm solidarisieren. Wie beschämend ist dieses Urteil für diesen Land!!

Eckart Reschke, Stadtteilverband Rostock-Evershagen

Solidarität mit Tim!

Gemeinsame Erklärung des BundessprecherInnenrates der Linksjugend [solid] und des Bundesvorstandes von DIE LINKE. SDS

Am 19. Februar 2011 hatten Tausende engagierte AntifaschistInnen den alljährlichen Naziaufmarsch anlässlich des Jahrestages der Zerstörung von Dresden zum zweiten Mal erfolgreich verhindert. Damit ist dem Bündnis ein Erfolg gelungen, der auf dem behördlichen Weg nicht hätte erreicht werden können. Nun ereilte uns die skandalöse Nachricht, dass unser Genosse Tim H. vom Amtsgericht Dresden wegen schweren Landfriedensbruchs zu einer Haftstrafe von einem Jahr und 10 Monaten ohne Bewährung verurteilt wurde.

Dazu erklären der BundessprecherInnenrat der Linksjugend [solid] und der Bundesvorstand von Die Linke.SDS: Das heute gesprochene Urteil gegen Tim ist eine juristische Farce. Die Vorwürfe gegen Tim sind nicht eindeutig bewiesen, sondern basieren auf Vermutungen und Unterstellungen. Das Urteil ist eindeutig politisch

motiviert und soll die wieder bevorstehenden antifaschistischen Proteste am 13. Februar 2013 in Dresden schwächen. Mit diesem drakonischen Urteil werden engagierte Bürgerinnen und Bürger eingeschüchtert und sollen davon abgehalten werden, sich aktiv gegen rassistische und faschistische Übergriffe einzusetzen.

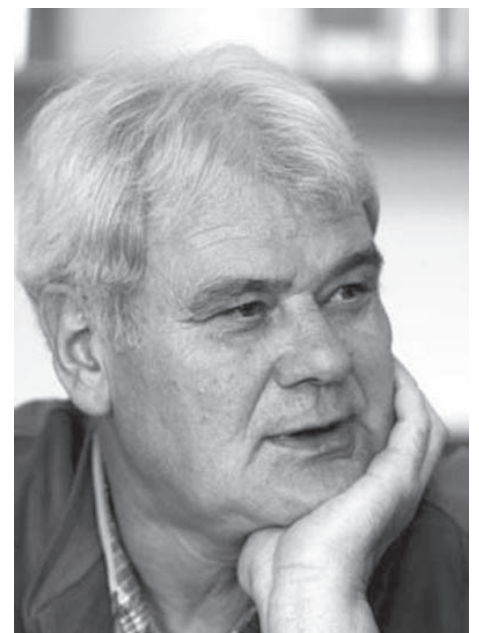
Während Rassisten und Faschisten der Weg geebnet wird, um Jahr für Jahr ihre menschenverachtende Ideologie zu verbreiten, werden an engagierten Menschen Exempel statuiert und sie als sogenannte „Extremisten“ stigmatisiert. Wir wollen das nicht hinnehmen.

Der BundessprecherInnenrat der Linksjugend [solid] und der Bundesvorstand von Die Linke.SDS erklären sich hiermit solidarisch mit Tim und allen anderen AntifaschistInnen, die durch ihren legitimen Protest gegen Nazis kriminalisiert werden. Auch in den Auseinandersetzungen mit höheren Instanzen werden wir weiterhin an der Seite unserer Genossinnen und Genossen stehen.

Wir fordern die sofortige Rücknahme des Urteils gegen Tim und eine Wiederaufnahme des Verfahrens.

Sprechstunde

Der Kreisvorsitzende Wolfgang Methling lädt **jeden Dienstag** zum Gespräch. In der Zeit von **10 bis 14 Uhr** können alle Interessierten in der Stephanstraße 17 vorbeikommen, um mit ihm zu diskutieren und Fragen zu stellen. Gerne können Sie sich auch telefonisch anmelden unter der Telefonnummer 0381-49 200 10.



Ulla Jelpke in Rostock



Die erste Bildungsveranstaltung 2013 der Regionalgruppe (RG) Rostock des Rot-Fuchs-Fördervereins fand am 24. Januar in den Räumen des Mehrgenerationenhauses in Rostock-Evershagen statt. Das Thema der Bildungsveranstaltung hatte sich auf die historischen Ereignisse des 30. Januar 1933 in Deutschland bezogen, jenem Tag vor 80 Jahren, als Hitler mit seinen Nazischergen die Macht übernahm.

Dass dieses Ereignis vor 80 Jahren in Deutschland mit der Machtübernahme der Faschisten von langer Hand gezielt vorbereitet worden war, machte die Referentin Ulla Jelpke, innenpolitische Sprecherin der Linken in der Fraktion des Bundestages, in ihren Ausführungen sehr deutlich, in dem sie die Verbindung zwischen Kapital und Faschismus, mit historischen Tatsachen belegt, darstellte. Gleichzeitig wurde von ihr auch deutlich gemacht, dass zur damaligen Zeit die so notwendige Einheitsfront gegen den Faschismus zwischen SPD, KPD und Gewerkschaften leider nicht zu Stande kam,

sondern sich dieser gemeinsame Kampf erst in den Konzentrationslagern und während der Naziherrschaft im Widerstandskampf entwickelte.

Im Anschluss an diese historische Bewertung ging Ulla Jelpke auf die unterschiedliche Entwicklung in beiden deutschen Staaten nach dem Ende des zweiten Weltkrieges ein. Dabei hob sie hervor, dass im Gegensatz zur BRD die DDR keinen einzigen Richter weiter praktizieren ließ, der unter der Naziherrschaft Urteile gesprochen hatte. Mit einem sehr genauen Zahlenwerk und der Nennung von zahlreichen historisch belegbaren Fakten wurde von Ulla Jelpke aufgezeigt, dass z. B. in der BRD der Nachkriegszeit 25 Minister den Nazis angehörten, davon einer sogar Bundeskanzler und wiederum einer sogar Bundespräsident geworden war. Dass in den zahlreichen Sicherheitsbehörden und Amtsstuben im BRD-Apparat viele NS-Größen ihre zweite Karriere starteten, war zwar vielen der anwesenden 45 TeilnehmerInnen bekannt, machte aber viele Zuhörer erneut sehr betroffen.

Nach der historischen Betrachtung ging die Referentin auf die heutige Situation im Verfassungsschutz und ihre Verstrickung mit V-Leuten im rechtsextremen Milieu ein. Dabei wurden für jeden Versammlungsteilnehmer nachvollziehbar dargelegt, dass zwischen Verfassungsschützern und NS-Mitgliedern eine ge-

meinsame ideologische Übereinstimmung besteht und die sogenannten V-Leute den NPD-Mitgliedern in ihren Aktionen oftmals tatkräftig unter die Arme gegriffen haben. Der V-Mann Franz in NRW war Führungsoffizier und sagte aus, dass er mehr den Verfassungsschutz geführt hat als die NPD.

Im NSU-Untersuchungsausschuss wurde nach jetzigem Stand der ganze Sumpf zwischen V-Leuten und NPD für alle nochmals deutlich und dass bis heute noch kein klares Ergebnis vorliegt. Bezeichnend für diesen ganzen Sumpf sind der Rücktritt des obersten Verfassungsschützers und vier seiner Länderkollegen.

Der Plan der aktuellen Regierung ist: die Gleichsetzung von Rechtsextremismus und Linksextremismus. Diesem Ansinnen muss mit allen demokratischen Kräften im solidarischen Miteinander entgegen gewirkt werden.

Den Teilnehmern der Veranstaltung war übereinstimmend bewusst, dass ein Verbot der NPD notwendig ist. Es gilt, gemeinsam mit allen demokratischen Kräften, den Rechtsextremismus mit all seinen Erscheinungsformen zu bekämpfen.

Carsten Hanke
Vorsitzender RotFuchs Rostock

Nachruf

Dr. Klaus Born, Mitgründer des KLARTEXT, verstorben

Mich erreichte die Nachricht, dass Dr. Klaus Born vor wenigen Tagen, am 21. Februar, nach längerer Krankheit verstorben ist. Diese Nachricht macht mich betroffen. Sie betrifft auch den KLARTEXT. Klaus Born gehörte mit zu seinen Gründern. Von der ersten Ausgabe im September 1994 an war er viele Jahre Mitglied der Redaktion. Mit guten Ideen und einer großen Anzahl von Artikeln trug er sehr aktiv und wirkungsvoll zur Entwicklung und zum steigenden Interesse an unserer kleinen Zeitung bei. Seine Beiträge waren stets von profunder Sachkenntnis zum jeweiligen Thema und kritischer Wertung der Ereignisse und Prozesse bestimmt. Oft regten sie zur Auseinandersetzung damit an. Besonders auch die Gestaltung eines eigenen Feuilletons, des KiK (Kultur im Klartext), das er gemeinsam mit seiner Frau Karin bis zu seinem Ausscheiden aus der Redaktion mehrfach im Jahr gestaltete, gehört zu seinen Leistungen. Klaus Born wurde 79 Jahre alt. Die Vollendung seines 80. sollte er nicht mehr erleben. Ich denke, ihm gebührt Anerkennung, Achtung und Gedenken.

Werner Raddatz
(Leiter der KLARTEXT – Redaktion von 1994 bis 2006)

Die Kreisvorstände DIE LINKE.Landkreis Rostock und DIE LINKE.Hansestadt Rostock bedauern ebenfalls mit großer Betroffenheit das Ableben von Dr. Klaus Born. Die ehrenden Worte von Werner Raddatz sprechen uns aus vollem Herzen.

Wir werden seiner stets in Ehren gedenken.
Peter Hörnig und Andreas Reinke
Kreisgeschäftsführer

Mietrechtsänderungsreform – Eine Chronik der Ereignisse und ein Ausblick

In der Landtagssitzung im Dezember 2012 thematisierte ich bereits die Mietrechtsänderung. Und wie erwartet, offenbarten sich in den Redebeiträgen die gegensätzlichen politischen Auffassungen von CDU und SPD. Während Minister Glawe die Notwendigkeit einer solchen Änderung unterstrich, um Vermieterinnen und Vermietern vor Mietnomaden zu schützen, räumte Kollege Albrecht ein, dass eine Modernisierungsumlage in Höhe von 9 Prozent reichen würde. Schließlich sind die Bauzinsen im Keller und der Kapitaldienst wesentlich preiswerter.

SPD und CDU, CDU und FDP - auf Landesebene und Bundesebene uneins

An den gegensätzlichen Auffassungen zwischen CDU und SPD hat sich inzwischen nichts geändert. Nur, das die SPD auf ihrer Klausurtagung vom 9. bis 11. Januar dieses Jahres das Positionspapier „Bezahlbares Wohnen in der Sozialen Stadt“ verabschiedet hat. Der Kanzlerkandidat Peer Steinbrück hat es mit verfasst. Und, dass sich Union und FDP auf einige Änderungen im Gesetzestext verständigten, die am 13. Dezember letzten Jahres im Bundestag mit beschlossen wurden. Allerdings waren Union und FDP zu feige direkt im Gesetz die Mieterhöhungsmöglichkeiten bis zum Erreichen der ortsüblichen Vergleichsmiete auf maximal 15 Prozent zu beschränken und auf einen Zeitraum von 4 Jahren zu strecken. Dazu haben sie nun die Länder ermächtigt. Die können – wird das Gesetz rechtskräftig – entsprechende Rechtsverordnungen für die Dauer von 5 Jahren zu erlassen, vorausgesetzt es wird Wohnungsnot in den Gemeinden oder Gemeindeteilen anerkannt. Damit wird zumindest eingestanden, dass es regional Wohnungsnot gibt, dass bezahlbarer Wohnraum fehlt. Diese Deckelung greift jedoch nur für Bestandsverträge. Für Neuverträge fehlen Regelungen ganz.

Mietrechtsänderungen nur für Vermieter gut

Die am 13. Dezember letzten Jahres im Bundestag beschlossene Mietrechtsänderung und das Positionspapier der SPD lösten eine heftige öffentliche Debatte aus. Linke, SPD und Grüne werten dieses Gesetz von Anfang an als Angriff auf die

Mieterinnen und Mieter, das der energetischen Wohnungsmodernisierung nicht nützt. Die FDP gibt unumwunden zu, dass auch trotz der noch eilig vorgenommenen Änderungen im Gesetz nun endlich eine Besserstellung der Vermieterinnen und Vermieter erfolgt. Und die Immobilienwirtschaft geht angesichts der SPD-Ankündigungen, das von schwarz-gelb geänderte Gesetz stoppen zu wollen und das Mietrecht wieder sozial gerecht zu machen, schon einmal auf die Barrikaden. Da schmerzt es schon, wenn so kurz vor dem Ziel, die Besserstellung der Vermieterinnen und Vermieter, damit der Eigentümerinnen und Eigentümer doch noch vereitelt werden könnte.

Konzept für die Energiewende im Gebäudebereich Fehlanzeige

Das mögliche Scheitern auch dieses Gesetzes offenbart erneut, dass die schwarz-gelbe Bundesregierung kein Konzept für die Energiewende im Gebäudebereich hat. Ich will in Erinnerung rufen, wie das Mietrechtsänderungsgesetz heißt, was eigentlich Sinn und Zweck des Gesetzes ist. Es handelt sich um das „Gesetz über die energetische Modernisierung von vermietetem Wohnraum und über die vereinfachte Durchsetzung von Räumungstiteln“. Eine Energiewende im Wohnungsbestand auf dem Rücken von Millionen Mieterinnen und Mietern umsetzen zu wollen, muss scheitern. Auch wir Linken wollen eine forcierte energetische Gebäudesanierung. Aber das geht nur in einem fairen Interessenausgleich. Eine Mietrechtsreform, die die energetische Sanierung von Wohnraum voranbringen will, erreicht das nicht durch eine Kostenexplosion im Mietwohnungsbereich.

Energiewende nicht auf Rücken der Haushalte alleine

Viele Mieterhaushalte – auch mit Durchschnittsverdienst – sind bei den Wohnkosten inzwischen am Ende ihrer finanziellen Leistungsfähigkeit angekommen. Zur Klarstellung: Ich meine die gesamten Wohnkosten, nicht nur die Nettokaltmiete. Also auch die Betriebskosten und die Kosten für Heizung, Warmwasser und Strom. Roland Blank vom Verband Norddeutscher Wohnungsunternehmen bestätigt, die Unruhe wächst in der Mieterschaft. Zwar liegt die

durchschnittliche Steigerung der Nettokaltmieten in MV unterhalb der Inflationsrate. Aber dafür explodieren die Heiz- und Energiekosten. Zunehmend wird Schimmel zum Problem in den Wohnungen. Es wird zu wenig geheizt und gelüftet. Da kalte Luft weniger Luftfeuchtigkeit speichern kann, nimmt die Schimmelbildung zu.

Wohnen muss bezahlbar sein und bleiben, sonst kann die Energiewende nicht gelingen

Das A und O: Wohnen muss bezahlbar sein und bleiben, sonst kann die Energiewende nicht gelingen. Ein – wirklich nur ein – Baustein ist ein soziales Mietrecht. Und das sieht für uns Linke wie folgt aus:

1. Die Erhöhung der Nettokaltmiete bei bestehenden Mietverhältnissen und bei Neuvermietung sollte nur bei wohnwertverbessernden Maßnahmen zulässig sein, ansonsten im Rahmen des Inflationsausgleichs liegen.

2. Die Wohnkosten müssen im Verhältnis zu den Durchschnittseinkommen der Mieterhaushalte gedeckelt werden. Wer unterhalb des Durchschnittseinkommens der Bevölkerung verdient, darf mit maximal 30 Prozent seines Einkommens dazu herangezogen werden. Was darüber hinausgeht, muss durch Wohngeld, ergänzt durch eine Heizkostenkomponente, aufgefangen werden.

3. Die Umlage von Modernisierungskosten sollte sich an den Abschreibungsfristen orientieren und auf 5 Prozent gesenkt werden. Die Umlage ist aber überhaupt nur dann gerechtfertigt, wenn aus der Modernisierung eine spürbare Energieeinsparung für den Mieter resultiert und damit parallel auch die Betriebskosten sinken.

Und als Anreiz für den Vermieter bzw. die Vermieterin sollten diese einen Rechtsanspruch auf öffentliche Förderung haben, wenn sie Sanierungsmaßnahmen entsprechend staatlicher Vorgaben realisieren. Und diese öffentliche Förderung von Modernisierungsmaßnahmen sollte eine kostenlose Mieter- und Energieberatung einschließen.

Mietnomaden sind die Ausnahme

Noch einige Worten zur erleichterten Räumung. Mit der Gesetzesänderung sollte es Mietnomaden an den Kragen gehen. Das

war Anlass dieses Gesetzes.

Die Forschungsstelle für Immobilienrecht an der Universität Bielefeld befragte im Jahr 2010 von Mietnomaden betroffene Vermieter zu ihren Erfahrungen. Wobei die Wissenschaftler der Bielefelder Studie unter einem Mietnomaden eine Person verstehen, die in betrügerischer Absicht einen Mietvertrag abschließt, keine Miete zahlt und die Wohnung unter Umständen verwaorlost zurücklässt oder sich rausklagen lässt. Die 1.549 Vermieterinnen und Vermieter, die dem Aufruf zur Bielefelder Studie folgten, berichteten von 426 Mieterinnen und Mietern, die nach dem Einzug keine Miete gezahlt oder die Zahlung in den ersten drei Monaten nach Einzug eingestellt hatten. Fazit: Mietnomaden sind die Ausnahme. Dennoch ließ die Bundesregierung nicht von ihrem Vorhaben ab. Ausbaden sollen das nun auch Mieterinnen und Mieter, die unverschuldet ihre Kautio oder Miete nicht zahlen können.

01. Februar 2013 war schwarzer Tag für Mieterinnen und Mieter

Der Bundesrat lehnte in seiner ersten Befassung diesen Gesetzentwurf mit einer vernichtenden Stellungnahme ab. Die Länder erkannten, mit diesem Gesetzentwurf kippt das Mietrecht in eine soziale Schiefelage. Es benachteiligt Mieterinnen und Mietern. Am 01. Februar 2013 befasste sich der Bundesrat wieder mit der Mietrechtsänderung. Dabei sollte Mecklenburg-Vorpommern aktiv mitwirken und sich nicht wegen fehlender Einigung auf die im Koalitionsvertrag vereinbarte Klausel der Enthaltung berufen. Schließlich empfahl der Rechtsausschuss des Bundesrates das Anrufen des Vermittlungsausschusses.

SPD macht Wahlkampfversprechen (mal wieder) zur Luftnummer

Die letzte Chance der schwarz-gelben Mehrheit im Bundesrat wurde eiskalt genutzt. Die SPD hat zwar zusammen mit Stimmen der Linken und den Grünen gegen das Gesetz gestimmt, aber dennoch den Wählerinnen und Wählern in Niedersachsen was vorgemacht, als es noch im Wahlkampf im SPD-Positionspapier zur Wohnungspolitik hieß, „Mit einer Mehrheit in der Länderkammer werden wir den Vermittlungsausschuss anrufen.“. Das konnten sie nicht, da Ministerpräsident McAllister die Amtsgeschäfte bis zur Bildung der neuen rot-grünen Landesregierung in Niedersachsen noch fortführte. Bleibt abzuwarten, ob die SPD nach der Bundestagswahl in der Lage und noch Willens ist, ihr zweites Versprechen, dieses ungerechte Gesetz zu kippen, einlöst.

Vertrauen ist hier schlecht, Kontrolle durch die Linken besser.

Regine Lück

Buchrezension: Herren und Knechte

„Wenn die Welt untergeht, so ziehe ich nach Mecklenburg, denn dort geschieht alles 50 Jahre später.“ Dieses putzige Bismarck-Zitat hatte einen ernsten Hintergrund. Mag das Kaiserreich in Sachen Demokratie rückständig gewesen sein, Mecklenburg hinkte noch weit hinterher. Daran kann niemand zweifeln, der Bernd Kastens Buch „Herren und Knechte – gesellschaftlicher und politischer Wandel in Mecklenburg-Schwerin 1867-1945“ (Bremen 2011) liest. Der Titel der Habilitationsschrift des Schweriner Stadtarchivars klingt trocken, der Inhalt ist es nicht!

Die Hälfte Mecklenburgs befand sich im ausgehenden 19. Jahrhundert in den Händen der adligen Gutsbesitzer, die sich auf ihren Besitzungen wie kleine Könige fühlten. Der Großherzog in seinem Schweriner Märchenschloss war nur ein finanziell abhängiger primus inter pares, was ihn die Ritter immer wieder spüren ließen. Sie blockierten die Modernisierung der ständischen Verfassung mit ihren zahllosen Privilegien. Ein allgemeines Wahlrecht würde die Menschen nur gegen die Gutsbesitzer aufhetzen, fürchtete man zu Recht. So behielt das Hoffmann-von-Fallersleben-Zitat „Wir Mecklenburger sind nur Herren und Knechte, nichts als die Luft ist uns gemein“ (1845) seine Gültigkeit bis zur Revolution von 1918.

Die Herrschaft über andere Menschen war das Fundament des adligen Selbstverständnisses. Auf den Gütern herrschte Willkür in Gestalt des Patriarchats, in Adel-

serinnerungen gern im Sinne einer großen Familie verklärt. Die Dominanz der adligen Gutsbesitzer und ihr reaktionärer Geist behinderte auch die wirtschaftliche Entwicklung des Landes nachhaltig. An einer Industrialisierung des Landes hatten sie kein Interesse, und gab es doch einmal individuelles Engagement in diese Richtung (z.B. Zuckerfabriken), scheiterte es an der totalen Unfähigkeit der jeweiligen Adligen. Der Landadel blieb unter sich, Erhebungen in den Adelsstand waren anders als etwa in Preußen die absolute Ausnahme. Diese „von Gott eingesetzte Ordnung“ fand 1918 ein abruptes Ende. Über Nacht verloren die „Herren“ ihren gesellschaftlichen Status. Natürlich fanden sie sich im Lager der Feinde der Weimarer Demokratie wieder. Dieses Lager war in Mecklenburg sehr groß. So war der ehemalige großherzogliche Gesandte in Berlin, Brandenstein, einige Zeit Ministerpräsident, obwohl er während des Kapp-Putsches kommunistische Arbeiter auf seinem Gut hatte erschießen lassen. Die SPD war zwar die stärkste Partei im Land, regierte auch dann und wann mit, aber vor einer Säuberung der Verwaltung von den Feinden der Demokratie schreckte sie zurück. Ein fataler Fehler! Und die KPD? Sie kommt bei Bernd Kasten nicht gut weg. Sie blieb in Mecklenburg immer schwach, fiel im Landtag durch Prügeleien und Pöbeleien auf. Der kommunistische Widerstand gegen die Nazi-Herrschaft wird im Buch verschwiegen.

Der Aufstieg der NSDAP wird durch Bernd

Kasten nur unzureichend erklärt – ein klarer Schwachpunkt des Buches. Da die Bauern innerhalb der NS-Ideologie besondere Wertschätzung genossen, fiel im Agrarland Mecklenburg die Agitation der NSDAP auf fruchtbaren Boden. Unter ihrem geisteskranken Führer Friedrich Hildebrandt, einem ehemaligen Landarbeiter, zog sie die Landarbeiterschaft auf ihre Seite. Die grassierende Gewalt (der kommunistische Ortsvorsitzende in Bad Sülze, Willi Braun, wurde mit dem Spaten zu Tode geprügelt; in Bad Doberan wurde zwei Kommunisten erschossen) schadete dem Ansehen der Partei nicht. Ab 1932 stellte sie Regierung. Bis auf wenige Ausnahmen konnten sich die Nazis in den folgenden 13 Jahren auf die Verwaltungsbeamten verlassen.

Der mecklenburgische Adel begrüßte die neuen Herrscher überschwänglich, hoffte man doch, dass das „entehrende Unrecht“ von 1918 wiedergutmacht würde. Dabei war die Verachtung für den Adel wohl nirgendwo größer als bei den mecklenburgischen Nazis, die mit jedem Gegner gleich welchen Standes kurzen Prozess machten. Das hinderte den ältesten Sohn des Erbherzogs nicht daran, in der SS Karriere machen zu wollen. Nur wenige seiner Standesgenossen fanden sich im Widerstand wider, und wenn doch, dann erst im Angesicht der drohenden militärischen Niederlage im Weltkrieg.

Fortsetzung Seite 8



Der gesellschaftliche Umbruch ab 1945 nahm dem Adel nun jeglichen Einfluss – jedenfalls bis 1990. Ihr kulturelles Erbe in Gestalt der Gutshäuser und Parkanlagen hätte in der DDR mehr Zuwendung erfahren können, aber das ist ein anderes Thema.

Bernd Kastens Buch hat einen Hang zur Anekdote, ist dafür eher schwach in der Erklärung gesellschaftlicher Entwicklungen. Eine Lektüre empfehle ich aber trotzdem. Ausleihen könnt Ihr es in der Universitätsbibliothek (Fachbibliothek Geschichte in der Altbettelmönchstraße). In der Stadtbibliothek ist es leider nicht erhältlich, dort findet Ihr aber eine große Auswahl von Rosamunde-Pilcher-Romanen.

Carsten Penzlin

Carsten Penzlin

„Ein bisschen Frieden“ und die EU-Militärpolitik

Ableitend vom 1982 erfolgreich gesungenen deutschen Schlager „Ein bisschen Frieden“ von Nicole, den sie mehr symbolisch als Ausgangspunkt für ihr Thema wählte, gab die Europaabgeordnete und Landesvorsitzende der Linken in Niedersachsen, Sabine Lösing, vor 40 interessierten Gästen im Mehrgenerationenhaus in Rostock-Evershagen, einen sehr detaillierten Einblick in die Militärpolitik der EU, Thema der Bildungsveranstaltung des RotFuchs-Fördervereins Rostock für den Monat Februar.

Beginnend mit einem Zitat des ehemaligen Premierminister Großbritanniens Tony Blair, welches sinngemäß zum Ausdruck bringt, dass Europas Existenzberechtigung sich nicht auf Frieden bezieht sondern auf Macht, konnte die Europaabgeordnete gleich zum Beginn Ihrer Ausführungen den Widerspruch zwischen der Verleihung des Friedensnobelpreises für die EU und ihrer tatsächlich praktizierten aggressiven mit militärischen Mitteln durchgesetzte Außenpolitik deutlich machen.

Unsere Referentin Sabine Lösing, die als Europaabgeordnete dem Auswärtigen Ausschuss des Europäischen Parlaments (AFET) angehört, belegte an vielen Beispielen die seit 1999 rasante militärische Entwicklung in der EU.

So stehen der EU-Armee 60 000 Mann aus deren Mitgliedstaaten unabhängig von Nato und USA bereit, um bei Bedarf

in Einsatz gebracht zu werden. Weiterhin steht 1500 Mann starke Einsatztruppe sofort bereit, die innerhalb von 30 Tagen in Einsatz gelangen könnten. Das von der EU deklarierte Einsatzgebiet ihrer möglichen militärischen Missionen beträgt von Brüssel aus gesehen 4000 km. In diesem Rahmen fand auch Ihr erster Einsatz 2003 in Mazedonien statt. Das dieser von der EU deklarierte Einsatzradius in der Praxis bereits ausgehebelt worden ist, zeigt der Einsatz im Kongo. Bisher wurden schon etwa 30 solcher militärischer Einsätze durchgeführt und einige sind noch voll im Gange.

Wie bekannt, soll die aktuell stattfindende Maliaktion mit einem robusten Mandat ausgestattet werden, mit dem klaren Ziel damit den Weg zum militärischen Einsatz zu ebnen. In den weiteren Ausführungen wurden die Themen der Internetsicherheit bezogen auf die militärischen Eingriffe ebenso erläutert wie die Rolle der Rüstungsindustrie. Beim letztgenannten konnte Sabine an Hand von Grafiken darlegen, dass die EU insgesamt als Rüstungsexportweltmeister fungiert und die BRD-Rüstungsindustrie die entscheidende Rolle spielt. An Hand dieser Zusammenhänge konnte für alle Anwesenden verständlich dargelegt werden, dass die EU-Militärpolitik darauf ausgerichtet ist eine globale Macht auf Augenhöhe zu den USA darzustellen, um sich auch gegenüber China und anderen Quellenländer

zu behaupten. Dass die EU mit dieser Militärpolitik solche Ziele wie militärische Rohstoffsicherung und Aufrechterhaltung neoliberaler Wirtschaftspolitik verfolgt, wird auch in einem Zitat von Barosso von 2004 deutlich, wo er öffentlich erklärt, mit „sanfter Gewalt“ seine Ziele durchzusetzen.

Sehr ausführlich hat Sabine an Hand einer Studie der Weltbank die Wechselbeziehung von Armut und Krieg dargelegt. Beispielhaft wurde der Kampf um das Trinkwasser in einigen afrikanischen Regionen genannt. In der anschließenden lebhaften Diskussionsrunde wurde der sehnlichste Wunsch der Mehrheit der deutschen Bevölkerung, nämlich der nach Frieden deutlich, die Demokratiedefizite in der EU dargelegt aber auch kritisch die begrenzten Möglichkeiten der linken Fraktion in der Opposition genannt. Die Diskussion zeigte auf, wie bedeutungsvoll die oppositionelle Arbeit der linken EU-Fraktion ist, weil sie nicht nur die wahren Hintergründe des Militärisch-Industriellen Komplexes in der EU offenlegt, sondern auch die Zusammenhänge bzw. Auswirkungen der Finanzkrise und der EU-Militärpolitik benennt und somit eine Gegenwehr gegenüber der neoliberalen medialen Berichterstattung darstellt.

Uwe Kramp

DIE LINKE gratuliert Rafael Correa

„Der deutliche Wahlsieg von Präsident Rafael Correa in Ecuador ist auch ein Sieg für all jene, die für mehr soziale Gerechtigkeit in Lateinamerika kämpfen“, so Heike Hänsel, entwicklungspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE zur Wiederwahl Correas. Hänsel weiter: „DIE LINKE im Bundestag gratuliert Präsident Rafael Correa zu seinem überzeugenden Ergebnis von 57 Prozent. Dies zeigt, dass der Prozess des sozialen Wandels in dem lateinamerikanischen Land starken Rückhalt in der Bevölkerung hat und von einer breiten Mehrheit unterstützt wird. Der Wahlsieg

ist auch ein Ausdruck für eine selbstbestimmte soziale und demokratische Entwicklung in ganz Lateinamerika und eine wichtige Bestätigung für einen alternativen Entwicklungsweg. Die Linksfraktion unterstützt diesen Weg, der auf regionale Integration, staatliche Sozialprogramme und den Aufbau gerechter Handelsbeziehungen ausgerichtet ist. Gerade in der Euro-Krise hat Europa allen Anlass, von den sozialen und wirtschaftlichen Fortschritten in Lateinamerika zu lernen. Wir fordern die Bundesregierung deshalb auf, ihre Blockade-Haltung gegen linke Regie-

rungen in Lateinamerika aufzugeben und eine kooperative Haltung einzunehmen.“

Möchtest du Plakat-Pate werden?

Du möchtest Dein eigenes Plakat? Du möchtest bestimmen wo es hängt? Du möchtest sogar mehr als eines Dein eigen nennen? – Kein Problem! Sag uns bis Mitte April Bescheid wie viele Plakate Du möchtest. Wir fragen dann bei Dir nach, wo Dein persönliches Plakat hängen soll. Jede Plakatpatenschaft kostet 10€ und vergrößert unsere Möglichkeiten im Wahlkampf. Dieses Angebot gilt für den ganzen Wahlkreis 14, also für Rostock und die umliegenden Ämter.



Name	Anschrift	Telefon+Email	Wie viele Plakate?	Unterschrift



100 Tage ...



Liebe Genossinnen, liebe Genossen, seit dem 17. November 2012 sind 100 Tage vergangen - Kinder wo ist die Zeit geblieben? Nach 100 Tagen im Amt ist die Schonzeit vorbei, sagt der Volksmund.

Bevor wir jedoch gemeinsam mit ganzer Kraft die politischen Aufgaben dieses Jahres weiter angehen, möchte ich mich bei Euch allen sehr herzlich bedanken für das Vertrauen, für Eure Offenheit, dafür, dass Ihr mir diese 100 Tage gegeben habt, um unsere Partei im Land besser kennenzulernen.

Auf der Vorstandsklausur Ende Januar in Waren haben wir die Grundlagen für eine erfolgreiche, vor allem aber mehr basisbezogene Arbeit unseres Landesverbandes

gelegt. Viele Initiativen aus der Mitgliedschaft heraus sind parallel dazu entstanden. Aus fast allen Landesstrukturen der Partei gibt es in den nächsten Wochen sehr interessante Veranstaltungen, wie am 04.03. eine Landesbasiskonferenz in Teterow, am 23.03. in Rostock die Friedenskonferenz, am 27.04. in Güstrow eine Landeskonferenz zum sozialökologischen Umbau und vieles andere mehr. Viele Genossinnen und Genossen arbeiten daran, dass unser Landesverband nicht nur für Parteimitglieder, sondern vor allem für die Öffentlichkeit Angebote zum politischen Dialog führen kann.

Seit einer Woche liegt der Entwurf des Wahlprogramms mit dem Titel „100% Sozial“ für die Bundestagswahl auf dem Tisch. Nicht alle von uns sind damit schon zufrieden. In den nächsten Wochen liegt es also in unserer Hand, daraus eine wirkliche Wahlalternative zu den anderen konkurrierenden Parteien für die Menschen zu machen. Aber auch das beste Wahlprogramm allein wird die Menschen nicht davon überzeugen, uns zu wählen. Wir müssen täglich und bei den verschiedensten Gelegenhei-

ten immer wieder mit ihnen ins Gespräch kommen, müssen ihnen zuhören und bei der Lösung ihrer Probleme behilflich sein. All das praktizieren wir schon viele Jahre, z.B. in Hartz IV- oder Mieterberatungen, auch in der Nachbarschaftshilfe. Gerade in Wahljahren hat diese Arbeit eine besondere Wirkung.

Der Landesvorstand hat sich auf seiner Klausur darüber verständigt, dass wir zur Bundestagswahl 20% + X erreichen wollen. Alle gewählten Direktkandidaten in den sechs Wahlkreisen verfügen über das Rüstzeug, diese Zielstellung persönlich zu unterstützen. DIE LINKE führt aber in erster Linie einen Zweitstimmenwahlkampf und dabei kommt es auf uns alle an. Nur mit uns wird es soziale Gerechtigkeit und Solidarität, die Angleichung der Lebensverhältnisse in Ost und West und eine Zukunft mit Hoffnung geben.

Wir lassen uns nicht davon abbringen, wir sind die Stimme der sozialen Gerechtigkeit im Bundestag. Am 13. April werden wir mit dem Listenparteitag in Göhren-Lebbin dafür die Weichen stellen.

Eure Heidi Bluhm

Neues aus der Kreistagsfraktion

Gestern (20. Februar) kam der Kreistag des Landkreises Rostock zu seiner 10. Sitzung in Güstrow zusammen. Die Kreistagspräsidentin, Frau Lochner-Borst, ist erkrankt. Ihr Stellvertreter, unser Genosse Wolfgang Methling, leitet die Sitzung. Die Tagesordnung ist nicht lang, aber ein TOP hat es in sich: „Die Altfehlbetragsumlage gemäß §25 des Landkreisneuordnungsgesetzes“ steht erneut zur Debatte.

Bevor die Tagesordnung abgearbeitet wird, bringt unsere Fraktion einen Dringlichkeitsantrag ein. Genosse Prof. Fritz Tack trägt ihn vor: „Einstellung des Mahnverfahrens der Verwaltung gegen die Thünen-Gut-Tellow gGmbH“. Wird der Kreistag der Dringlichkeit zustimmen? Tellow ist seit der Konstituierung des Kreistages ein „heißes Eisen“. Es geht um die Erhaltung und den Fortbestand des Thünen-Gutes Tellow bei Teterow, dem Wirkungsort des bedeutenden Nationalökonomens Johann Heinrich von Thünen. Der Landrat und die Verwaltungsspitze mögen die Einrichtung offensichtlich nicht besonders. Wir, Lydia Fahed und ich - beide Mitglieder des Bildungs- und Kulturausschusses - haben von uns Anfang an für den Fortbestand dieser

national und international bekannten und geschätzten Gedenk- und Forschungseinrichtung eingesetzt. Die Fraktion unterstützt uns dabei geschlossen. Der Dringlichkeitsantrag findet eine Mehrheit. Der Vorsitzende der CDU-Fraktion, Herr Ibold, spricht sich für die Anerkennung der Dringlichkeit aus. Eine Mehrheit der Kreistagsmitglieder stimmt dem Antrag zu und er wird als TOP 10 behandelt werden.

Erwartungsgemäß geht es bei der „Altfehlbetragsumlage“ heftig zur Sache. Letztlich stehen dann drei Vorschläge zur Debatte: der der CDU/FDP-Fraktionen, der Vorschlag der SPD und unserer.

Um dieses Thema wurde schon auf einer früheren Sitzung des Kreistages heftig gestritten und die Abstimmung darüber vom Ausgang der Klage des Landkreises Ludwiglust-Parchim gegen die Landesregierung abhängig gemacht. Sie wurde vom zuständigen Gericht abschlägig beschieden. Unser Antrag ist von den dreien der weitestgehende. Unser Genosse Erwin Kischel begründet ihn noch einmal. Seine Begründung bei der ersten Debatte im Kreistag war rhetorisch eine Glanz-

leistung, ergänzt durch eine bestechende Argumentation. Kernaussage: Die LINKE lehnt die Zahlung dieser „Schulden“ ab, da sie aus der Haltung der Landesregierung gegenüber den Kommunen entstanden sind. Bei der Abstimmung über unseren Antrag stimmen einige Kreistagsmitglieder aus anderen Parteien für unseren Antrag. Die meisten Stimmen erhält der Antrag der SPD: Die Hälfte der Altschulden von 8,9 Millionen soll danach von den Gemeinden des Altkreises Güstrow binnen der nächsten 15 Jahre „abgestottert“ werden. Die andere Hälfte bedienen alle Kommunen des Kreises über die Kreisumlage. Wir bleiben bei unserer Position.

Bleibt der Dringlichkeitsantrag: Es geht um die Einstellung des Mahnverfahrens der Verwaltung gegen die Thünen-Gut-Tellow gGmbH in Höhe von 62.000 Euro. Eine Einstellung des Verfahrens wird nicht erreicht, aber eine Verlängerung der Zahlungsfrist bis zum 31. Juni 2013. Wichtige Zeit ist gewonnen, um das komplizierte Problem einer für uns akzeptablen Lösung zuzuführen.

Die Sitzung geht zu Ende. Wir haben uns

„wacker“ geschlagen im Sinne unseres Wählerauftrages. Aber mit so einer erfahrenen und kompetenten „Truppe“ macht das (manchmal) sogar Spaß?

Wolfgang Pfannenschmidt, Mitglied der Kreistagsfraktion

Für die Mitgliederversammlung des Stadtteilverbandes Rostock-Reutershagen haben wir uns die Frage gestellt: „Wie kommen wir besser an unsere Mitbürger heran?“ Der Bundestagswahlkampf steht bevor, und wir haben als Partei DIE LINKE ein großes Ziel vor Augen – den Wiedereinzug in den Bundestag in Fraktionsstärke. Nach Katja Kipping mit 20+.

Ein Ziel, das von uns Einsatz verlangt und eine exzellente Arbeit, um den Menschen die Notwendigkeit einer linken Alternative bewusst zu machen. Was lag also näher, als uns nach einem Kenner/einer Kennerin umzusehen, damit sachkundige Antworten auf unsere Fragen und denen das Rüstzeug zu geben, die während des bevorstehenden Wahlkampfes in den vielfältigen Formen der Öffentlichkeitsarbeit zum Einsatz kommen werden. Mit der Genossin Prof. Dr. Felde, einer hervorragenden Kennerin der menschlichen Psyche, wurden wir fündig. Genossin Felde – sie ist aktiv in der Rosa-Luxemburg-Stiftung – nahm unsere Einladung an und stellte sich dem von uns aufgeworfenen Problem „Woran liegt es, dass wir mit unseren gu-

Eine gelungene Versammlung

ten Argumenten nicht immer die erhoffte Resonanz erleben?“

Ausgehend von den durch Prof. Felde unterbreitetem Angebot zu den Fragestellungen (Was sind Motivationen für politisches Handeln?; Zusammenhang von Wissen und Ideen; Rolle von Bedürfnissen und Interessen) diskutierten wir sehr freimütig und vielfältig zu unseren Fragen, Problemen und Erfahrungen. Dabei wurde deutlich, dass die Erhöhung der Wirksamkeit unserer politischen Arbeit wesentlich davon beeinflusst wird, wie es uns gelingt, in unserer Arbeit dem Bedürfnis der Menschen nach Anerkennung, Achtung und Würdigung der Person nachzukommen. Der von den Regierenden dominierten Politik der Ausgrenzung und Demütigung der Schwächeren müssen wir eine Politik der Zuwendung, des Verständnisses und des sorgsamem Umgangs mit ihnen entgegensetzen.

Diese Aufgabe erfüllen wir umso besser, je mehr es uns gelingt, mit denen ins Gespräch zu kommen, die zu den Schwachen in der Gesellschaft zählen. Der sozialdemokratischen Politik – Hinwendung zu den nahen Interessen – sollten wir eine Politik der Zusammenführung der nahen mit den Ferninteressen also sowohl den alltäglichen Problemen als auch den Ferninteressen sozialistischer Politik ent-

gegensetzen. Im bevorstehenden Bundestagswahlkampf werden wir umso erfolgreicher sein, je mehr es uns gelingt diesen grundsätzlichen Feststellungen gerecht zu werden, und das überall dort, wo wir wirksam sind, in den Vereinen, Clubs, in Elternvertretungen im Kindergarten, in der Hausgemeinschaft genauso wie im persönlichen Umfeld.

Nehmen wir die Menschen mit ihren Bedürfnissen, Problemen, Sorgen und Nöten ernst, achten wir ihre bisherigen Lebensleistungen, anerkennen wir ihren Entwicklungsweg und zeigen mit diesem Verständnis für sie, dann werden sie auch bereit sein, uns zuzuhören, unsere Argumente ernst zu nehmen und letztendlich zu dem angestrebten Ergebnis bei der Wahl beizutragen. Für die Mitglieder unserer Basisorganisation hat diese Versammlung geholfen, offene Fragen zu beantworten und uns für die kommenden Aufgaben zu motivieren. Der Genossin Felde wünschen wir auch weiterhin gute Ergebnisse in ihrem Bestreben, mehr Verständnis für elementare Zusammenhänge der Wirksamkeit von Bedürfnissen und Interessen zu erreichen.

Willy Haag (Stadtteilverband Rostock-Reutershagen)

Landesbasiskonferenz



Der Vorsitzende der Partei DIE LINKE, Bernd Riexinger, sprach auf der Landesbasiskonferenz in Teterow am 4. März zu über 100 Mitgliedern des Landesverbandes Mecklenburg-Vorpommern. Dabei ging er mit den politischen Gegnern hart zu Gericht. Der SPD mit Kanzlerkandidat Peer Steinbrück belegte er die verbale Übernahme von Forderungen der LINKEN – konkrete Taten bleiben jedoch aus. Kanzlerin Angela Merkel zitierte er mit den Worten: „marktkonforme Demokra-

tie“ und übersetzte, was die CDU-Vorsitzende damit meint: eine völlige Unterordnung der Politik unter das Diktat der Finanzmärkte. Auch Arbeitsmarkt-, Friedens- und Rentenpolitik waren Themen seiner Rede und er mahn-

te die Angleichung der Ostrenten an.

Die Landesbasiskonferenz verabschiedete folgende Resolution:

Wir begrüßen die Initiative, mehr Menschen in Arbeit zu bringen durch eine gerechte Verteilung der Arbeit. Die vorhandene Arbeit muss so verteilt werden, dass alle Menschen Arbeit haben und von dieser auch auskömmlich leben können.

Wir unterzeichnen den Aufruf „Höchste

Zeit zum Umfairteilen“ und werben in unserem Umfeld um weitere Unterschriften.

Dem Landesvorstand, dem Kommunalpolitischen Forum und der LAG Soziales empfehlen wir:

zu analysieren, welche Erfahrungen es im Land mit Sozial- oder Familienpässen gibt und die Kommunalpolitiker bei der Suche nach Wegen zur Einführung dieser Pässe in weiteren Kommunen zu unterstützen zu ermitteln, wo Sozialberatungen durchgeführt werden und – darauf aufbauend – gemeinsam mit den sozial Engagierten im Land diese Möglichkeiten weiter auszubauen.

Einen Bericht zur Landesbasiskonferenz könnt Ihr auch in der Aprilausgabe des Klartext lesen.



Kurt Kaiser vertellt oewer Seefohrt un Fischerie

I.

Drei Viertel von unsen Planeten Ierd is Warerfläch. Sien gewaltig Kräft zeigt dei See, wenn dei Storm pietscht. Wachten türm´ sik denn tau Barge, rullen wi Lawinen up denn Strann un kiehren tröch in dei wilde See. Bräker böhmen sik gägen Felsen un Klippen, un störten runner, in Schuum hüllt. Maudige Seefohrer hemm dei Mee-re erforscht: Kontinente, Länner un Inseln entdeckt. Wi Minschen harn ümmer werrer Gelägenheit denn Lävensburn un dei Kräft von´t Warer tau bewunnern un dei Allmacht von dei Ozeane tau respek-

berichten. Dor sünd nu sietdäm ümmerhen all gaud 40 Jahr vergahn, dei Tied is vörwärts schräden un in väler Hensicht hett sik dat Läwen bi uns verännert. Wenn ick trutzdäm oewer disse Tied hier bericht, denn driewen mi nich nostalgische Gefäule – Erinnerungen an „dei schöne olle Tied“ – sonnern man blos dei Wunsch nah Wohrhaftigkeit oewer dei Arbeit, dei Hochseefischer leisten möten. Ok jene, von dat ehemalig Fischkombinat Rostock, hemm mit ehre Arbeit ein Stück Geschicht schräwen, dei man nich vergäten süll. Dat wier utgeräkend an einen Friedach

„Wi schaukeln, wi schaukeln“ singt ´n Karnevalsleed, un künn Lävensfreud wecken. Oewer dit Schaukeln, bröcht mi dat Gegendeil. Mit Frühstück wier bi mi noch nicks tau maken, Tau Middach har ´t all bäten smeckt, un ik markte dat ´t mi so langsam werrer bärer güng. Dat wat uns dor up den Atlantischen Ozean nu so bewägte, si man blots Windstärk Söben, säd Bootsmann Jochen Nestler. Hei is taufreden up sien KTS. Oewer ´n Saison as Hieringsslachter up ´n Siedentrawler wier kuhm uttauholen wäst. 120 Daag unünnerbraken Hieringsköpp noppen, dor



Der Seitentrawler ROS 210 „Henningsdorf“, fängt 1972 nicht mehr, und gehörte zur „Salzerflotte“.

ren. Sei warnen uns mit Stuerme, Fluten, Hochwarer un Unwärer, un befählen denn Ümweltsündern Inholt, dormit uns nich eines Dags dei läwenspendende Golfstromsiene Deinste verweigert un uns´ Kontinents inn ewigen les versacken laten. – Seelüd bäden ok hüt noch ehren Mieresgott Neptun üm Schutz un Biestand inne Not an, wenn se SOS als Afkörtung för Save Our Souls orer Save Our Ship („Rett´ uns´ Seelen“ orer „Rett` uns Schipp“) funken. Dei Ozeane bargen grote Schätz an Rohstoff un Nahrung. Dorvon künn ick mi besonnern in´n Harwst 1972 oewertügen. Dei <Ostsee-Zeitung> har mi inladt, oewer dei Arbeit von uns´ Hochseefischer tau

denn 13., as mi Kaptein Holzapfel an Buurd von Käul- un Transportschipp – ROS 320 <Evershagen> begrüßte. Dit passierte gelaten, fründlich, un ik künn mi gaud vörstelln, dat hei nich besonnern erfreut wier, einen Frömden an Burd tau hemm, dei em un sien Crew bi dei Arbeit kuhm helpen künn. Ein Reporter steckt sien Näs wer weit wo rinne un möt ok noch versorgt warn. Sowat mücht Holzapfel villicht dörch denn Kopp gahn sin. Üm dei up mi nu taukamenden Beläwnisse fasttauholen beschlöt ick, ok ein Logbauk tau führen wi dat an Buurd so mod´ is.

Atlantik, 17.Oktower 1972:

künn man mall bi warden; un hei raadt mi: „Besäuk dei Jungs up ´n USA-Schelf, dor kannst seihn, ob ick recht heff!“

Logbauk, 19.Oktower 1972:

Bi Windstärk fieft bit söss is ´t relativ ruhig. Dei wietrühmigen Wachten drapen up dat Schipp, häben un senken, un schubsen et hen un her. Doran heff ik mi nu all gewöhnt. Üm mi kümmert sik höchstens mal dei Stuardess, wenn ´t um ´t Äten geht. Miene anfängliche Unsicherheit heff ick binah verloren, dorför is dei Niegier wussen. Dorüm bün ick up Wannerschaft gahn, üm mi neger mit dat Schipp bekannt tau maken. An Deck heff ick dei

ersten Fotos makt, rinsüm oewer Bülgen un Wachten bit taun Horizont. In dei Windstill, up Lee achter denn Schurnstein, kann man so schön oewer dei upgewälte See kieken. Dor heff ick ok all Delphine un fleigende Fisch seihn.

Logbauk, 20. Okt. 1972:

Hüt wagt ick mi dorhen, wo dat Hart von 't Schipp slöcht. Dei Wessel von Deck in 'n Maschinenruum wull mi fast dei Luft nähmen. Dissen Unnerscheid: Baben, dei Wiede, frische Luft un Meerruschen. Unnen: Maschinenölmief un groten Larm. Ein Unnerhollung mit 'n Maschinisten wier unmoeglich. Nah 'n fründlich Schullerkloppen vertreckt ick mi werrer na Baben, ditmal up dei Brügg. Wenn dei Maschinenruum as dat Hart betiekend war, denn is dei Brügg dei Kopp von 't Schipp. Dei Kaptein schient 'ok hier noch nich up Unnerhollung erpicht tau sien. Oewer dunn fröcht hei mi doch noch nah mien Befinn' un ob ick mi all inläwt heff. Ick antwuurd tröchholland, dat ick mi woll noch gewöhnen wür. Ob ick oewerhaupt all mal up See wäst wier, wull hei denn weiten. - Ick vertellt em, dat ick 1944 un '46 denn Ozean oewerquert har, allerdings as „POW“, dat heit: Kriegsgefangener von dei USA. Oewer sünst har ick keinen blagen Dunst. - „Dor sünd Sei ja all ein oll Fohrensmann!“ säd dei Rudergänger un grient mi breit an. Dei Intritt von 'n Funkoffizier bröcht 'n anner Thema: Hei meldt, dat bi Island ein Storm is, dei uns entgegen kamen wür. - Dat har hei sich all dacht, dat Rasmus uns noch wat „upfiedeln“ wür, brummt Holzapfel, un begeef sik an 't Telefon um tau ein Bespräkung intauladen. Mi beacht' nu keiner mihr, denn alls dreihete sik nur noch um denn Orkan. Dorüm treckt ick mi in mien Kamer tröch. All 'n bäten konfus, proofte ick mien Swemmwest an un keek dörch dat „Bullog“, ob schon wat von „Rasmus“ tau seihn wier.

Logbauk, 22. Okt.1972:

Hüt Nacht bün ick ut mien Koj follen. Ein Rucks hett dat Schipp wi 'n Nötschal

hievt un dörchschüttelt, dat dei Spanten krieschten un mi ramdüsigg un oebel wür. Taun Glück sünd miene Knaaken heil bläben. Dat is all 'ne gruglich Saak, wenn dei Klabauteermann bi Windstärke 12 as „Biba-Butze-Mann“ dörch dat Schipp danzt.



Der Autor auf ROS 210

Logbauk, 28. Oktober 1972:

Alles werrer normal. Uns Position hal ick mi däglich von Steinbach, denn Funkoffizier. Wi schippem hüt bi 54°17'N / 27°20'W. Na 'n kräftig Frühstück maak ick mit mien Logbauk wierer. Dei Statistik von dei Fangmeldungen, dei nah Rostock wiererleit warn, find' hüt mien besonnesres Interesse. Im letzten Jahr, also 1971, hett dat Kombinat dei unvörstellbore Meng' von 223 700 to Fisch fungen. Dat Planziel för 1972 wür trutzdem noch höger sett. Ein Käptn sall dor mal upmuckt un secht hemm: dat dei Bürohingste in Berlin dei Kombinationsleitung inn Nacken sitten un dei Flott tau kriminelle Fischräuber maken wür. Rostock is Standurt von dei gröttst düt-sche Fischfangreederi, mit 101 Schipp,

dorvon 33 Logger, 23 Siedentrawler, 13 Fang- und Verarbeitungsschippe, 18 Spezis (Hecktrawler), 9 Frostrawler un 3 Fabrikschippe. Mit dei grötsten düt-schen Fabrikschippe: ROS 316 <Junge Welt> un ROS 317 <Junge Garde> bekeem dei Fischfang ein niege historische Dimension. Dor fählen nur noch Käuhl- un Transportschippe, wie ROS 320 <Evershagen> (mien Dampfer!) un ROS 321 <Lichtenhagen>.

Logbauk, 01. Nov. 1972:

As mi dei Kaptein mitteilte, dat ik nahn Frühstück von Buurd süll, wür mi doch bäten mulmig inne Bux. Dei Bootsmann meldt: „Sir, Ihr Luxusliner macht gleich an Backbord fest! Wenn ich Sie an Deck biten darf, das Personal ist zur Verabschiedung angetreten.“ Wi mössten lachen. Dei Mann har noch Witz, wat bi lang' See- und Fangreisen schon siehr wichtig is. Nich blots ein frisch Bries empfung mi buten, an Deck luerte man all up mi, um tau beläwen, dat ick Landrott villicht bien Afstieg von dei Lotsenledder, in 't Warer fallen wür. Mi wier mit mal, as wür ick mien Familie verlaten.

Dei Trawler, denn ick nu besäuken süll, leech ein poor hunnert Meter af. - Ick dacht nu an ein' Motorbarkass, dei mi afhalen wür, oewer dor keem man blots ein Schlauchboot - ein „Appelsinenschal“ - mal baben up ein Wacht, un denn werrer afdükert, mang dei Bülgen. Dor künn ein' woll bäten Angst in dei Knaaken scheiten. Oewer ok dat wür schafft. Ick bün drög un heil noch tiedig 'naug, tau einen Hiering-Slip von ein' „500-Korf-Hol“ von 'n Hecktrawler - „Spezi“ - ROS 410 „Hanno Günther“ kamen. Von dor güng dat per Schlauchboot wierer tau dei FDJ-Brigade „Deutsch-Sowjetische Freundschaft“ up denn Siedentrawler ROS 210 „Henningsdorf“, um dat Hieringsnopen un insolten tau studieren. Ick heff dor väl biläwt, wat ick nie vergäten ward, wotau ok dei Erkenntnis gehürt, dat ein Hochseefischer 'n swor' Beruf is un dei grötste Hochachtung verdeiht.

Neue AG

Am 30.1. gründete sich eine AKL-Rostock (AKL = Antikapitalistische Linke). Sie wurde gegründet aus Parteimitgliedern aus Rostock und dem gleichnamigen Landkreis, und deren Sympathisanten. Die AKL-Rostock ist Teil der bundesweiten bzw. der landesweiten AKL. Ziel ist es, den antikapitalistischen Kurs weiter und besser sichtbar in der Partei herauszuarbeiten, der manchmal in unserer Partei

nicht immer erkennbar ist. Wichtig sind uns außerparlamentarische Initiativen und Kampagnen. Wir werden zum Beispiel, wenn Mieter zwangsgeräumt werden, nur weil sie die Miete bzw. die Betriebskosten nicht mehr zahlen können, mit Blockaden nach Berliner Vorbild reagieren. Wir werden vor den Stadtwerken protestieren, wenn die Strompreise erhöht werden. Als 1. Sprecher der AKL wurde Ralf Malachow-

ski gewählt, 2. Sprecher ist René Henze! Nächste Termine der AKL: am 13.3., 18 Uhr Stephanstr. und am 14.3. ebenfalls 18Uhr in der Stephanstr.



In die Fratze des Militarismus und des Krieges geschaut

Mitunter schalte ich den Fernsehsender Phoenix ein. Dort werden meistens im Original Debatten aus dem Plenum des Deutschen Bundestages übertragen. Ende Januar konnte man sich die Diskussion über das Mandat für die Bundeswehrländereinsätze in Afghanistan anschauen und anhören. Anschließend wurden die Rüstungs- und Waffenexporte der Bundesrepublik in alle Welt, vorzüglich in undemokratisch und totalitär regierte Länder, von den Abgeordneten der einzelnen Fraktionen behandelt.

Danach ging es im Parlament des deutschen Volkes – das ist in unserer Demokratie der Bundestag mit seinen in allgemeiner, unmittelbarer, freier, gleicher und geheimer Wahl gewählten Abgeordneten – um die Bewaffnung der Bundeswehr mit Kampf- und Spionagedrohnen (unbemannten, ferngelenkten, mit Raketen bestückten und Raketen abfeuernden Flugmaschinen).

Für mich, aber gewiss auch viele Ange-

hörige der Generation, die 1945 die terroristische Zeit des Hitlerfaschismus und die grausamen Jahre des vom deutschen Imperialismus geplanten und durchgeführten Vernichtungskrieges überstanden und überlebt hat, war es erschreckend und erschütternd zugleich, welche Positionen und Entscheidungen die meisten Abgeordneten und Fraktionen zu der Tagesordnung der Bundestagssitzung äußerten und trafen. Nur etwa ein Viertel setzte sich kritisch und ablehnend mit den Beschlüssen, Plänen und Absichten der gegenwärtigen Bundesregierung auseinander. Die Mehrheit bekannte sich demonstrativ zu den gefährlichen und kriegerischen Vorhaben. Nach der Fernsehübertragung aus dem Bundestag erinnerte ich mich an den Dramatiker Peter Weiss und sein Hauptwerk „Die Verfolgung und Ermordung Jean Paul Marats“, geschrieben im Jahr 1964. Peter Weiss legt darin dem „Marat“ Worte in den Mund, mit denen die Verhältnisse auch unserer Zeit charakterisiert werden:

„Glaubt ihnen nicht wenn sie euch freundschaftlich auf die Schultern klopfen und sagen die Unterschiede wären nicht mehr der Rede wert und es bestände kein Anlaß mehr zu Streitigkeiten dann sind sie ganz auf der Höhe in ihren neuen Burgen aus Marmor und Stahl von denen aus sie die Welt ausräubern unter der Devise sie verbreiteten Kultur. Paßt auf denn sobald es ihnen gefällt schicken sie euch daß ihr ihre Haufen verteidigt in Kriege deren Waffen in der rapiden Entwicklung der gekauften Wissenschaft immer schlagkräftiger werden und euch in großen Mengen zerreißen.“

Manfred Adam, Rostock-Lütten Klein

Strompreisbremse ist der falsche Weg

Die heute von den Bundesministern für Umwelt und Wirtschaft angekündigte Eini-gung für eine „Strompreisbremse“ ist nach Ansicht der energiepolitischen Sprecherin der Linksfraktion, Dr. Mignon Schwenke, der falsche Weg, um den Anstieg des Strompreises nachhaltig zu begrenzen oder gar zu senken.

„Wer bestehende Solar- und Windparks rückwirkend zur Kostendämpfung heran-ziehen will, begeht einen Vertrauensbruch

und verunsichert die Investoren. So wird die Energiewende weiter herausgezögert und der Umstieg auf erneuerbare Ener-gien in Deutschland ausgebremst. Jetzt muss die Landesregierung Verantwortung zeigen und die Pläne der Herren Altmaier und Rösler bei dem heutigen Sondertref-fen der Umwelt- und Wirtschaftsminister von Bund und Ländern und später im Bun-desrat ablehnen“, so Frau Schwenke.

„DIE LINKE hat etliche Vorschläge ge-

macht, wie die Energiewende tatsächlich sozial gestaltet werden kann. Dazu zählen unter anderem die Senkung der Strom-steuer, das gesetzliche Verbot von Strom-sperren für Privatkunden, die drastische Reduzierung der Ausnahmeregelungen für die stromintensive Industrie und eine Abwrackprämie für Stromfressende Haus-haltsgeräte“, so Frau Schwenke weiter.

Einberufung des Bundesparteitages

Der Parteivorstand beruft mit Beschluss vom 9./10. Februar 2013 die 2. Tagung des 3. Parteitages der Partei DIE LINKE für den 14., 15. und 16. Juni 2013 nach Dresden ein. Tagungsort ist das MARITIM, Hotel & Internationales Congress Center (ICC), Ostra-Ufer 2, Devrientstraße 10-12, 01067 Dresden. Der Parteitag beginnt am 14. Juni um 13 Uhr und endet am 16. Juni um 14 Uhr. Der Parteivorstand schlägt für die 2. Tagung des 3. Parteitages folgende vorläufige Tagesordnung vor:

1. Eröffnung der 2. Tagung des 3. Parteitages der Partei DIE LINKE.

2. Reden der Vorsitzenden der Partei DIE LINKE.

3. Generaldebatte

4. Aussprache und Beschlussfassung zum Bundestagswahlprogramm

5. Satzungsänderungen

6. Berichte an den Parteitag

7. Wahlen der Bundesschiedskommission und der Bundesfinanzrevisionskommission

8. Beratung und Entscheidung weiterer Anträge an die 2. Tagung des 3. Parteitages.

9. Schlusswort.

Antragsschluss für die 2. Tagung des 3. Parteitages ist am Donnerstag, dem 2. Mai 2013. Antragsschluss für Änderungsanträge zu eingereichten Anträgen ist am Donnerstag, dem 30. Mai 2013. Anträge sind zu richten an:

DIE LINKE – Bundesgeschäftsstelle
Antragskommission des Parteitages
Kleine Alexanderstraße 28
10178 Berlin
antragskommission@die-linke.de

Termine aus HRO und LRO

Datum	Zeit	Veranstaltung	Ort	Raum
Montag, 4. März 2013	17:00 Uhr	Sitzung der Bürgerschaftsfraktion	Rostock	Rathaus, Beratungsraum 2
Mittwoch, 6. März 2013	16:00 Uhr	Sitzung der Bürgerschaft	Rostock	Rathaus, Sitzungssaal
Dienstag, 12. März 2013	18:00 Uhr	Sitzung Kreisvorstand	Rostock	Stephanstraße 17
Mittwoch, 13. März 2013	15:00 Uhr	Sitzung der Stadtteilsprecher	Rostock	Stephanstraße 17
Montag, 18. März 2013	17:00 Uhr	Sitzung der Bürgerschaftsfraktion	Rostock	Rathaus, Beratungsraum 2
Mittwoch, 20. März 2013	17:30 Uhr	Gesamtmitgliederversammlung Reutershagen mit Steffen Bockhahn	Rostock	Etkar-Andre-Str. 53
Freitag, 22. März 2013	17:00	Kreisvorstandssitzung	Kritzkow	Gaststätte
Dienstag, 26. März 2013	18:00 Uhr	Sitzung Kreisvorstand	Rostock	Stephanstraße 17
Dienstag, 26. März 2013	15:00 Uhr	Sitzung IG Entrüstung	Rostock	Stephanstraße 17
Mittwoch, 27. März 2013	15:00 Uhr	Sitzung der Stadtteilsprecher	Rostock	Stephanstraße 17
Mittwoch, 27. März 2013	15:00 Uhr	Gesamtmitgliederversammlung Evershagen mit Steffen Bockhahn	Rostock	MGH Evershagen
Montag, 8. April 2013	17:00 Uhr	Sitzung der Bürgerschaftsfraktion	Rostock	Rathaus, Beratungsraum 2
Dienstag, 9. April 2013	18:00 Uhr	Sitzung Kreisvorstand	Rostock	Stephanstraße 17
Mittwoch, 10. April 2013	15:00 Uhr	Sitzung der Stadtteilsprecher	Rostock	Stephanstraße 17
Mittwoch, 10. April 2013	16:00 Uhr	Sitzung der Bürgerschaft	Rostock	Rathaus, Sitzungssaal
Donnerstag, 11. April 2013	20:00 Uhr	Film "Verboten-Verfolgt-Vergessen"; VVN-BdA Rostock	Rostock	Peter-Weiss-Haus
Mittwoch, 17. April 2013	17:30 Uhr	Gesamtmitgliederversammlung Reutershagen mit Prof. Dr. Fink	Rostock	Etkar-Andre-Str. 53
Montag, 22. April 2013	17:00 Uhr	Sitzung der Bürgerschaftsfraktion	Rostock	Rathaus, Beratungsraum 2
Montag, 22. April 2013	18:00 Uhr	Gesamtmitgliederversammlung Lütten Klein	Rostock	MGH Lütten Klein
Dienstag, 23. April 2013	18:00 Uhr	Sitzung Kreisvorstand	Rostock	Stephanstraße 17
Mittwoch, 24. April 2013	15:00 Uhr	Sitzung der Stadtteilsprecher	Rostock	Stephanstraße 17
Dienstag, 30. April 2013	15:00 Uhr	Sitzung IG Entrüstung	Rostock	Stephanstraße 17

Regine Lück

DIE LINKE lädt zum Öffentlichen Informations- und Diskussionsforum „Aktuelle Fragen und Ansätze im Bereich Bauen – Wohnen und Landesentwicklung“ mit Regine Lück (MdL), 2. Vizepräsidentin des Landtags, Sprecherin der Landtagsfraktion für Bauen, Wohnen und Landesentwicklung, ein. Die Veranstaltung findet am Montag, dem 25. März 2013, um 15:30 Uhr im Klub der Volkssolidarität in der Teterower Str. 9, 17179 Gnoiien, im Rahmen der Veranstaltungsreihe „DIE LINKE. wirkt im ländlichen Raum. Ziele, Arbeitsfelder und Erfolge der Landtagsfraktion“ statt.

Friedenskonferenz

Am 23. März findet in der Zeit von 10 bis 16 Uhr im Rostocker Rathaus die Friedenskonferenz 2013 statt. Mit dabei sind u.a.: Dr. Dietmar Bartsch, stellvertretender Vorsitzender der Linksfraktion im Bundestag; Steffen Bockhahn, direkt gewählter Bundestagsabgeordneter und Vorsitzender des Finanzausschusses der Rostocker Bürgerschaft; Helmut Scholz, Mitglied des Europäischen Parlaments; Paul Schäfer, Bundestagsabgeordneter und verteidigungspolitischer Sprecher der Linksfraktion; Helmut Holter, Vorsitzender der Linksfraktion im Landtag Mecklenburg-Vorpommern.

Cuba Sí

Am 18. April 2013 um 20 Uhr zeigen wir im Peter-Weiss-Haus (eh. Haus der DSF in der Doberaner Straße) den Film „Das Mafiaparadies – Kuba vor der Revolution von 1959“. Der Produzent und Regisseur Hans-Peter Weymar wird anwesend sein und mit uns diskutieren. Wir laden alle Cubafreunde herzlich ein!

Marianne Bothe (AG Cuba Sí)

Betriebs- und Personalrätekonferenz

Werte Kolleginnen und Kollegen, liebe Genossinnen und Genossen, hiermit lade ich Sie/euch im Namen der Landtagsfraktion DIE LINKE zu einer landesweiten Betriebs- und Personalrätekonferenz am Donnerstag, den 04. April 2013, in der Zeit von 10:00 – 15:30 Uhr in Schwerin, Ritterstuben/Ritterstraße, ein. Im Mittelpunkt der Konferenz steht das Thema Fachkräftesicherung. Dieses Thema ist für viele Unternehmen des Landes existenti-

ell und berührt auch die unterschiedlichen Einflussmöglichkeiten der Betriebs- und Personalräte. Neben der Gewinnung junger Leute für die betriebliche Erstausbildung zu guten Bedingungen geht es beispielsweise auch um die Gewinnung von Fachkräften aus anderen Regionen, bei der das Thema der Entlohnung entscheidend ist. Der demografische Wandel auch in unserem Bundesland stellt die Betriebsparteien zudem vor neue Herausforderun-

gen zur Gesunderhaltung älter werdender Belegschaften. Zu diesen Themen laden wir Sie/Euch ganz herzlich ein, mit uns ins Gespräch zu kommen. Anmeldetermin ist der 26. März 2013.

Mit kollegialen Grüßen, Henning Foerster, Gewerkschaftspolitischer Sprecher in der Landtagsfraktion DIE LINKE



Buchrezension Der kalte Freund

Zum Thema Friedenspolitik möchte ich auf interessantes Buch über Russland aufmerksam machen. Russland ist ja aus den deutschen Medien weitgehend verschwunden, wenn man von Dokumentationen à la „Russlands Flüsse – Russlands Sehnsucht“ einmal absieht. Konjunktur haben seit ein paar Jahren die USA, China, der Nahe Osten und die Südeuropäer. An den Universitäten wurde die Russlandforschung eingedampft, an der Uni Rostock der Studiengang Slawistik geschlossen. Das Desinteresse ist kaum zu glauben, denn ohne russisches Gas würde so manche deutsche Heizung im Winter kalt bleiben. Viel wird über Strompreise geredet, doch über Energieaußenpolitik diskutieren

zum Scheitern verurteilt ist. Das soziale Elend ist unter Putin bedeutend geringer geworden, aber vor allem hat er den Russen den Stolz auf ihre Heimat zurückgegeben, ohne dass die laut Autor im Volk heute tief verwurzelten chauvinistischen Ansätze zum Tragen kommen.

Der Autor macht immer wieder deutlich, wie nicht zuletzt unter dem Einfluss der USA die Europäer viele Chancen vergeben haben, weil unser Verhältnis zu Russland noch immer stark durch den Kalten Krieg geprägt ist. Kein Wunder, dass sich Russland seine Partner woanders sucht: China, Libyen, Syrien. Eine gehörige Portion Scheinheiligkeit ist der deutschen Politik auch hier zu eigen: Frau Merkel



Lupo / pixelio.de

nur Experten. Wer weiß eigentlich, dass Libyen auch deshalb bombardiert wurde, weil sein Herrscher eine Energieallianz mit Russland anstrebte?

In Alexander Rahrs Buch „Kalte Freunde“ erfährt der Leser viele interessante Hintergründe zum Weltkrieg um Rohstoffe. Aber der Autor korrigiert auch überzeugend das gängige Russlandbild der Deutschen. Als Putin Ende der 90er Jahre die Führung übernahm, lag Russland am Boden. Der Westen war daran nicht unschuldig, hatte er doch auch hier die tödliche Medizin eines überstürzten Übergangs zum Kapitalismus verordnet. Am Beispiel Russland lässt sich gut nachvollziehen, warum der „Demokratieexport“ der NATO-Staaten

belehrt den Kreml gerne in Sachen Menschenrechte, erhebt aber gleichzeitig De-facto-Diktaturen wie Kasachstan und Usbekistan zu strategischen Partnern in der Energiepolitik. Rahr liest hier den deutschen Entscheidungsträgern die Leiven, ohne die russische Politik dabei zu verschonen. Das gilt für die grassierende Korruption, die rechtsstaatlichen Defizite sowie die einseitige Ausrichtung der russischen Wirtschaft auf Rohstoffexporte. Das lesenswerte Buch ist in der Rostocker Stadtbibliothek erhältlich.

Carsten Penzlin

Up un Dal



Gewinner:

Das Adoptionsrecht für Homosexuelle ist deutlich ausgeweitet worden. Nicht durch die Bundesregierung, sondern durch das Verfassungsgericht.

Verlierer:

Das Adoptionsrecht für Homosexuelle ist deutlich ausgeweitet worden. Nicht durch die Bundesregierung, sondern durch das Verfassungsgericht.

Monatzitat

»Die Gewerkschaften sind Teil der Friedensbewegung. Und auch die Bundeswehr ist Teil der Friedensbewegung.« (Thomas de Maizière, Kriegsminister)

Preisrätsel

Sie können gewinnen, wenn Sie die folgenden Fragen richtig beantworten und Ihre Antworten an die Redaktion schicken. Wer den KLARTEXT aufmerksam gelesen hat, dürfte kein Problem haben.

1. *Wen hatten die Genossinnen und Genossen in Reutershagen zu Gast?*
2. *Wo wird in diesem Jahr der Bundesparteitag der LINKEN stattfinden?*

Die Gewinnerin/den Gewinner des Preisrätsels erwartet eine Buchspende der Rostocker Buchhandlung im Doberaner Hof.

Die Antworten richten Sie bitte per Post oder E-Mail an die Redaktion, ein Redaktionsmitglied oder an einen der zwei Kreisvorstände Rostock oder Landkreis Rostock.

Einsendeschluss ist der 31.03.2013